

# **Energie und Umwelt: Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung**

Onlinedokumentation  
der Konrad-Adenauer-Stiftung

Zusammenfassung der Vorträge, die auf dem Forum "Energie und Umwelt: Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung" am 28. April 2004 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin gehalten wurden.

Sankt Augustin, 30. April 2004

**Energie und Umwelt:  
Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung**

**Forum  
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, 28. April 2004**

## **Online-Dokumentation**

### **INHALT**

- 1 Programm
- 2 Vorträge
  - a. Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft:  
Energiepolitik als Gemeinschaftsaufgabe innerhalb der EU  
*Loyola de Palacio*
  - b. Bausteine einer nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland  
*Dr. Angela Merkel, MdB*

# Energie und Umwelt: Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung

Forum  
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, 28. April 2004

## Programm

9.30 Uhr

### **Begrüßung**

*Anton Pfeifer*, Staatsminister a.D., stellvertretender Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

### **Einführung**

**Energiepolitische Weichenstellungen für die Zukunft: Brüssel, Berlin und Essen: wer entscheidet was?**

9.35 Uhr

### **Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft: Energiepolitik als Gemeinschaftsaufgabe innerhalb der EU**

*Loyola de Palacio*, Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission Kommissarin für Verkehr und Energie, Brüssel

10.15 Uhr

### **Bausteine einer nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland**

*Dr. Angela Merkel*, MdB, Vorsitzende der CDU Deutschlands und der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

10.50 Uhr

### **Investitionsentscheidungen für die Zukunft: Die Stromwirtschaft in einem liberalisierten europäischen Markt**

*Dr. Gert Maichel*, Vorsitzender des Vorstands der RWE Power AG, Essen

13.15 Uhr

### **Welcher Energiemix für die Zukunft? (Kohle, Gas, Kernkraft, Erneuerbare Energien)**

Expertenrunde mit:

*Prof. Dr.-Ing. Helmut Alt*, Fachhochschule Aachen

*Regine Günther*, WWF Deutschland, Berlin

*Dr. Eberhard Meller*, VDEW, Frankfurt a.M./Berlin

*Dr. Peter Paziorek*, MdB

Moderation:

*Friedhelm Ost*, Staatssekretär a.D., Bad Honnef

14.15 Uhr

### **Diskussion**

15.00 Uhr

### **Welche Weichenstellungen für die Zukunft? Energieforschung, Energieeffizienz, Emissionshandel)**

Expertenrunde mit:

*Dr. Jürgen Engelhard*, RWE Power AG

*Kurt-Dieter Grill*, MdB

*Jürgen-Friedrich Hake*, Forschungszentrum Jülich

*Stephan Kohler*, Deutsche Energie Agentur, Berlin

Moderation:

*Friedhelm Ost*, Staatssekretär a.D., Bad Honnef

16.00 Uhr

### **Diskussion**

16.30 Uhr

### **Ende der Veranstaltung**

# **Gemeinsame Verantwortung für die Zukunft**

## **Energiepolitik als Gemeinschaftsaufgabe innerhalb der EU**

*Loyola de Palacio*

Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission,  
Kommissarin für Verkehr und Energie, Brüssel

Vortrag  
Forum „Energie und Umwelt:  
Weichenstellungen für eine nachhaltige Stromversorgung“,  
Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, 28. April 2004

(Es gilt das gesprochene Wort)

## **Einleitung**

Ich freue mich, mich heute an das Expertenforum für Energie- und Umweltfragen der Konrad Adenauer-Stiftung wenden zu können. Wie von Ihnen erbeten, werde ich im Rahmen meiner Stellungnahme das Hauptaugenmerk auf die gemeinsame Verantwortung für einen gemeinsamen und nachhaltigen Energiemarkt in Europa richten.

Die Herausforderungen, denen sich Europa im Energiesektor gegenüber sieht, sind beträchtlich. Die drei wichtigsten Ziele der Gemeinschaft im Bereich der Energiepolitik, die wir auch immer gegeneinander abwägen müssen, sind:

die Entwicklung von Wettbewerb und die Vollendung des Energiebinnenmarktes  
die Sicherheit und Kontinuität der Energieversorgung und  
der Schutz der Umwelt

Im Verlauf meiner Stellungnahme werde ich in besonderem Maße auf die Notwendigkeit von Energieinvestitionen und die Bewältigung von Umweltherausforderungen eingehen.

Ich möchte Ihnen einige Überlegungen aus Sicht der Europäischen Kommission zu den folgenden Themen vorstellen:

1. Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes
2. Wie können wir unsere Energieversorgung sicherstellen?
3. Wie können wir Investitionen im liberalisierten Binnenmarkt sicherstellen
4. Wie begegnen wir den Herausforderungen des Umweltschutzes?

### **1. Vollendung des gemeinsamen Energiebinnenmarktes:**

Die Entwicklung des Wettbewerbs und die Vollendung des Binnenmarktes haben bedeutsame Fortschritte gemacht mit der Annahme der geänderten Richtlinien zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte im vergangenen Jahr. Diese Richtlinien werden von den Mitgliedsstaaten bis zum 1. Juli dieses Jahres in nationales Recht umzusetzen sein. Es ist wichtig, dass alle Mitgliedstaaten diese Frist einhalten. In Europa haben wir bereits den größten und am weitestgehend integrierten regionalen Markt in der Welt

und dieser Prozess muss weiter verfolgt werden, um den Strommarkt zu einem wahrhaften europäischen Binnenmarkt werden zu lassen.

Vom Juli 2004 an werden alle Unternehmen innerhalb der Europäischen Union frei ihren Elektrizitäts- und Gasversorger wählen können. Vom Juli 2007 an werden alle Kunden, einschließlich der Haushalte, die freie Wahl ihrer Anbieter haben.

Diese Öffnung wird von einer ganzen Reihe struktureller Maßnahmen begleitet, um ein wettbewerbsfreundlicheres Funktionieren des Marktes zu erreichen. Lassen Sie mich Ihnen die wichtigsten nennen:

Ein stärkeres Maß an Unabhängigkeit der Netzbetreiber - die Netzbetreiber haben den Schlüssel zum Markt und müssen deshalb einzig im Interesse dieses Marktes agieren. Die Betreiber von **Hochspannungsnetzen** werden eine eigenständige Rechtspersönlichkeit haben. Sie benötigen darüber hinaus ein hohes Maß an funktionaler Unabhängigkeit, um ihrerseits die Unabhängigkeit des Managements sicherzustellen. Das gleiche wird für die **Endverteilung** gelten.

Zugang zu Netzen wird ausschließlich auf der Basis einer Regulierung gewährt. Der Zugangstarif und die Zugangsbedingungen, ebenso wie die Ausgleichstarife und -bedingungen müssen vor deren Inkrafttreten veröffentlicht und von der Regulierungskörperschaft genehmigt werden. Alle Mitgliedsstaaten müssen solch eine Regulierungsbehörde einrichten, die darüber hinaus mit einem Minimum an Regulierungskompetenzen bezüglich der Netzzugänge ausgestattet ist. Sie sollte auch die Macht haben, schnell über Beschwerden zu entscheiden, und kann die Netzbetreiber verpflichten, ihre Tarife oder Bedingungen zu ändern.

Aber unser Ziel ist es nicht einfach, den Energiemarkt zu öffnen. Diese Öffnung muss auch innerhalb des allgemeinem Ziels der Sicherstellung der Energieversorgung der Europäischen Union erreicht werden.

## **2. Wie können wir unsere Energieversorgung sicherstellen?**

Sicherheit der Energieversorgung bedeutet sowohl die ununterbrochene Verfügbarkeit von Energieressourcen und die Sicherstellung der Verteilung an die Kunden. Es gibt keine Verknappung von konventionellen Energieträgern in der Welt, allerdings wird die Europäische Union mehr und mehr abhängig von Importen, in Zahlen ausgedrückt, ungefähr zu 70 Prozent bis 2020. Ein wesentlicher Teil dieser Importe kommt aus Ländern, die als politisch nicht völlig stabil anzusehen sind. Diese Situation muss gut gehandhabt werden. Verbesserungen sind bereits zu verzeichnen. Unter anderem gibt es ein Mehr an Solidarität und zunehmend eine gemeinsame Energiepolitik in der Europäischen Union, als dies noch zu der Zeit der 1. Ölkrise zu Beginn der 1970er Jahre der Fall war. Wir haben auch die Dialoge zwischen Produzenten und

Konsumenten intensiviert sowie einen strukturierten Energiedialog mit Russland, aber auch mit den Mittelmeerländern aufgebaut.

Die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit wird weiterhin eine Schlüsselherausforderung für den Binnenmarkt bleiben. Die installierte Stromerzeugungskapazität in der Europäischen Union der 15 muss zwischen dem Jahr 2000 und 2030 um 370.000 MW steigen. Zur gleichen Zeit besteht eine große Notwendigkeit, viele alte Anlagen stillzulegen. Gleichmaßen sind immense Investitionen in Pipelines, LNG-Terminals und Speicher notwendig, damit genügend Gas von Drittstaaten in den EU-Markt gelangen kann.

Vom Standpunkt der Energieversorgungssicherheit aus ist es uns für wichtig, dass wir ein ausgeglichenes Portfolio zur Stromerzeugung in Europa aufrechterhalten und Optionen wie Nuklear und Kohle hiervon nicht ausschließen. Für die Zukunft ist es wichtig, nicht von einem einzigen Energieträger zur Elektrizitätsgewinnung abhängig zu werden.

Ich möchte ebenfalls unterstreichen, dass der europäische Energiemarkt ein hohes Niveau der Daseinsvorsorge sicherstellen wird, indem er besonders das Universalkonzept bei Strom anerkennt und von Mitgliedsstaaten und der Kommission fordert, die Energiesicherheit einem Monitoring zu unterziehen. In der Tat berücksichtigen die neuen Richtlinien für Elektrizität und Gas Fragen der Daseinsvorsorge in einem stärkeren Masse als irgendeine andere Rechtsetzung der Gemeinschaft.

Insbesondere Strom ist aber ein Produkt wie kein anderes. Unternehmen und private Haushalte gehen von der Annahme aus, dass eine konstante Elektrizitätsversorgung garantiert ist. Sollte dies einmal nicht der Fall sein, ist der Ärger darüber sehr groß.

Wie vielfach diskutiert und auch im Grünbuchs über die Energieversorgungssicherheit und in der ersten Mitteilung zur Infrastruktur seitens der Europäischen Kommission angesprochen, hängt die Erreichung aller Ziele auf dem Energiesektor stark von der Höhe der Investitionen ab. Dies stellt einer der größten Herausforderungen des Europäischen Energiemarktes dar.

Grosse Stromausfälle sowohl in den USA als auch in der EU haben im Jahr 2003 gezeigt, wie eng wir miteinander verbunden sind. Wir können es uns deshalb nicht leisten, dass sich einzelne Verbindungselemente in der Kette der Elektrizitätsversorgung verschlechtern. Jedes Element muss korrekt funktionieren, weil ansonsten das gesamte System dadurch gefährdet werden könnte.

Die Einführung der Marktöffnung für Elektrizität und Gas ist ein fortschreitender Erfolg. Wenn die Mitgliedsstaaten die neuen Richtlinien über Strom und Gas korrekt umsetzen, werden die Verbraucher auch von einem transparenteren Markt profitieren. Die Industrie ist bereits auf dem Wege, effizienter zu werden.

Für die Stromausfälle letztes Jahr in Europa kann nicht der Prozess der Marktöffnung verantwortlich gemacht werden. Besondere die Ereignisse in der Schweiz und Italien gehen weitestgehend auf die fehlende Kommunikation zwischen den Betreibern der Überlandnetze zurück. Dies ist nicht hinnehmbar, ungeachtet der Tatsache, ob der Elektrizitätsmarkt geöffnet ist oder nicht.

### **3. Wie können wir Investitionen in einem liberalisierten Markt absichern?**

Diese Ereignisse sollten uns jedenfalls dazu veranlassen, über die Auswirkungen des neuen Rechtsrahmens auf die Energieversorgungssicherheit nachzudenken. Es ist insbesondere klar, dass der Wettbewerb die Art und Weise ändern wird, wie Investitionen im Elektrizitäts- und Gasmarkt getätigt werden. Dies muss von den Mitgliedsstaaten anerkannt werden und jede unnötige Behinderung von neuen Investitionen muss erkannt und beseitigt werden.

#### *Investitionen in die Stromerzeugung*

Die Einführung von Wettbewerb verändert auch das Investitionsklima für die Stromerzeugung. Anstelle einer zentralisierten Regierungsentscheidung werden Investitionen nunmehr aufgrund von Preissignalen getätigt. Wenn sich beispielsweise der Abstand zwischen Erzeugungskapazitäten und Verbrauch verringert, wird der Preis steigen und dies wird neue Investitionen profitabel machen.

Dieser Zusammenhang scheint offensichtlich und ist im Übrigen die Art wie die gesamte Wirtschaft funktioniert. Der Strommarkt ist aber von einer Reihe von Besonderheiten geprägt, die, wie wir glauben, dazu führen, dass der Markt nicht völlig sich selbst überlassen werden kann. Ein wichtiger Punkt ist der Daseinsvorsorgecharakter der Elektrizitätsbereitstellung. Die Binnenmarktrichtlinie Strom sieht deshalb bereits die Möglichkeit von Marktintervention in den Bereichen Langzeitplanungen und Ausschreibungsverfahren oder vergleichbare Maßnahmen vor, wenn eine Regierung das Entstehen einer unakzeptablen Angebot-Nachfrage-Situation befürchtet.

Im Dezember 2003 hat die Kommission im Rahmen der sog. **Zweiten Mitteilung zur Energieinfrastruktur** eine Richtlinie zur Sicherheit der

Elektrizitätsversorgung vorgeschlagen. Die erste Mitteilung vom Dezember 2001 setzte eine Interkonnektion der Stromnetze der Mitgliedstaaten in Höhe von 10% der Kapazität als Ziel für alle Mitgliedsstaaten. Obgleich dieses Ziel vom Ministerrat zu Beginn des Jahres 2002 angenommen wurde, sind hier nur wenige Fortschritte erzielt worden und höhere Ziele sind nach unserer Überzeugung für viele Länder notwendig, um den Strombinnenmarkt Realität werden zu lassen.

Zusammen mit der neuen Mitteilung vom letzten Dezember sind deshalb eine Reihe von konkreten Vorschlägen unterbreitet worden:

Eine Richtlinie zur Sicherheit der Elektrizitätsversorgung. Diese Richtlinie soll es erforderlich machen, dass alle Mitgliedsstaaten konkrete Maßnahmen zur Elektrizitätsversorgungssicherheit ergreifen, klare Rollen und Verantwortlichkeiten für verschiedene Marktakteure definieren und ihnen klare Verpflichtungen auferlegen. Der zentrale Artikel fordert: „Mitgliedsstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen um sicherzustellen, dass eine Balance zwischen Elektrizitätsnachfrage und Verfügbarkeit von Produktionskapazität gegeben ist.“

Um den Aufbau einer neuen Infrastruktur zu beschleunigen, ist zusätzlich beabsichtigt, vorzuschlagen, dass die nationalen Regulierungsbehörden die Aufgabe übertragen werden sollte, auf Grundlage einer Empfehlung der Kommission den Bau neuer Interkonnektoren voranzubringen.

Schließlich haben wir eine Überarbeitung der Guidelines der Transeuropäischen Energienetze vorgeschlagen, durch die die Liste vorrangiger Projekte von europäischem Interesse ausgeweitet und auf neuesten Stand gebracht werden soll.

Es gibt bereits sieben vorrangige Projekte für Elektrizität. Zwei davon sind von Interesse für Deutschland: ein Projekt betrifft die Stromverbindung Frankreich – Belgien – die Niederlande – Deutschland, das andere umfasst Dänemark – Deutschland – und den Baltischen Energie-Ring. In Folge der EU-Erweiterung hat die Kommission jetzt vorgeschlagen, zwei weitere Vorrangprojekte für Elektrizität hinzuzufügen, eines hiervon umfasst Netzverbindungen in Zentraleuropa, einschließlich Deutschland, Polen, die Tschechische Republik, Slowakei, Österreich, und Slowenien. Aus Sicht der Kommission ist es schwer verständlich, dass die derzeitige Situation fortbesteht, in welcher neue notwendige Investitionen durch Planungsverfahren endlos behindert werden. Falls notwendig, sollten deshalb Abschnitte der betroffenen Leitungen auch im Untergrund verlegt werden, um die öffentliche Akzeptanz sicherzustellen.

Wir sind der Auffassung, dass zumindest die Mitgliedsstaaten eine klare und unzweideutige Politik über die Angemessenheit der Elektrizitätserzeugung haben sollten. Dort, wo z.B. der Markt allein für ausreichende Investitionen sorgt, sollten staatliche Stellen nicht intervenieren. Andererseits müssen in den Mitgliedstaaten, die sich die Möglichkeit zur Intervention vorbehalten, die entsprechenden Regeln und

Verfahren für alle Marktteilnehmer vollkommen transparent sein. Nur innerhalb dieser Rahmenbedingungen werden Investoren das Vertrauen entwickeln, die beträchtlichen Finanzmittel aufzubringen, die erforderlich sind.

### *Investitionen in das Übertragungsnetz*

Lassen Sie mich kurz noch das Thema von Investitionen in das Übertragungsnetz ansprechen. Für uns ist dies von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Strombinnenmarktes.

Elektrizitätsgesellschaften konsolidieren sich derzeit im nationalen und im europäischen Rahmen. Daran ist per se nichts auszusetzen, allerdings wird die Marktöffnung ohne verbesserte Netzverbindungen zwischen den Mitgliedsstaaten nicht die erwarteten Vorteile mit sich bringen. Trotz dieser Tatsache bemisst sich der grenzüberschreitende Stromhandel noch auf nur 8-9 % des Elektrizitätsverbrauchs.

Auch in Bezug auf die Umweltziele der Europäischen Gemeinschaft sind neue Investitionen wichtig. Falls sich die Erzeugung von Offshore-Windenergie ausbreiten sollte, werden beträchtliche Investitionen für angemessene Netzanbindungen aufgebracht werden müssen. Auch die Ausweitung der Kraft Wärme Kopplung macht die Verstärkung des Verteilungsnetzes notwendig.

Ein Schlüsselement der neuen Richtlinie für Elektrizität und Gas ist der regulierte Zugang von Dritten zu den Strom- und Gasnetzen. Nationale Regulierungsbehörden kontrollieren deshalb die Durchleitungsentgelte; ihre Entscheidungen werden indirekt auch das Investitionsniveau in den Netzen beeinflussen. Wir glauben, dass dieser Einfluss ausdrücklich anerkannt werden muss. Regulierungsbehörden und Betreiber von Hochspannungsnetzen müssen deshalb kooperieren, um das notwendige Investitions- Programm klar festzulegen und um sicherzustellen, dass die Investitionen auch tatsächlich ausgeführt werden und die Investoren angemessene Rückflüsse erhalten. Die Kommission hat deshalb die Europäische Arbeitsgruppe der Energie-Regulierungsbehörden geschaffen, um die Kooperation zwischen und die Koordination von nationalen Regulierungsinstanzen zu verbessern.

Lassen Sie mich nun zum letzten Teil meiner Ausführungen kommen.

## **4. Wie können wir die Herausforderungen im Umweltschutz meistern?**

Im Energiesektor hat die Kommission eine Anzahl von Initiativen ergriffen, um den Energieverbrauch mit dem Umweltschutz in Einklang zu bringen. Ich möchte hier nur einige davon nennen:

Die Richtlinie über Erneuerbare Energien, die für die Mitgliedstaaten indikative Ziele zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen vorgibt

Die Richtlinie über das Energieprofil von Gebäuden

Die erst im Januar angenommene Richtlinie über die Kraft Wärme Kopplung auf der Grundlage ihrer Umweltvorteile

Die Richtlinie zur Förderung von alternativen Treibstoffen im Transportwesen, einschließlich Bio-Treibstoffen

Die meisten dieser Initiativen werden auch die Weiterentwicklung von einheimischen Energiequellen in Europa vorantreiben und folglich zu unserer Energieversorgungssicherheit beitragen. Die Kommission bereitet gegenwärtig eine Mitteilung über den Fortschritt bei der Entwicklung von Erneuerbaren Energien auch zur Stromerzeugung vor. Es scheint, dass einige Mitgliedsstaaten die für 2010 gesetzten Ziele zur Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energiequellen nicht verlässlich erreichen werden und deshalb noch aktiver werden müssen, um dies sicherzustellen.

Die Kommission hat ebenfalls letzten Dezember eine Verordnung zur Förderung der Effizienz beim Energie-Endverbrauch sowie für Energie-Dienstleistungen vorgeschlagen. Der Zweck dieses Vorschlages ist es, einen kosteneffektiven und effizienten Endverbrauch von Energie in den Mitgliedstaaten sicherzustellen und zwar durch Harmonisierung, Entwicklung und Förderung des Marktes für Energie-Dienstleistungen, Programmen zur Energieeffizienz und andere Maßnahmen. Der Endenergieverbrauch soll in den nächsten Jahren jeweils um 1% pro Jahr abnehmen. Der Vorschlag will dazu durch das Setzen von Rahmenbedingungen mit gemeinsamen Definitionen, Zielen, Instrumenten und einer Methodologie beitragen.

Überdies unterstützen wir im Rahmen des Programms „Intelligente Energien für Europa“ die Effizienz und Erhaltung von Energie durch das SAVE-Programm und die Erneuerbaren Energien durch das ALTENER-Programm.

Lassen Sie mich einige Worte zur Wind- und Nuklearenergie sagen, bevor ich zum Abschluss komme.

Wir wissen alle, dass es eine bemerkenswerte Entwicklung der Windkraft in der Union gegeben hat, nicht zuletzt trifft dies für Deutschland zu. Mitte 2003 waren in etwa 24.000 MW an Windenergie in der Union installiert, davon mehr als die Hälfte in Deutschland. Im gleichen Jahr entsprach die EU-Stromgewinnung aus Wind ungefähr 2 % der Elektrizitätserzeugung

innerhalb der Union. Windenergie sieht sich den Problemen der intermittierenden Produktion sowie des Netzzugangs gegenüber, dennoch sehen wir die sehr viel versprechende Entwicklung dieser erneuerbaren Stromquelle positiv.

Was die Nuklearenergie betrifft, so hängt hiervon die Hälfte der derzeitigen Mitgliedsstaaten bei der Elektrizitätserzeugung ab, die andere Hälfte hat sich gegen Nuklearenergie entschieden. Belgien, Deutschland und Schweden haben entschieden, Strom aus Kernkraft letztendlich auslaufen zu lassen, insgesamt 38.000 MW. In Deutschland und Schweden sind die ersten Reaktoren bereits abgeschaltet worden. Zur gleichen Zeit plant Finnland einen neuen Kernreaktor bei Olkiluoto mit einer Kapazität von 1.600 MW<sub>el</sub>. Zu Beginn des Jahres 2003 schlug die Kommission ein Paket zur Nuklearsicherheit und Abfallbehandlung vor, welches noch immer im Rat und Parlament diskutiert wird. Ich glaube weiterhin, dass dieses Paket letztendlich doch angenommen wird und glaube, dass insbesondere der Schwerpunkt auf der Abfallbehandlung dafür sorgen wird, der Kernkraft in der Öffentlichkeit allgemein mehr Akzeptanz zu verschaffen. Unserer Meinung nach sollte die Nuklearoption für diejenigen Mitgliedsstaaten offen gehalten werden, die dies so wünschen, und zwar aus Gründen der Energieversorgungssicherheit sowie zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, da der Einsatz von Nuklearenergie Emissionen jährlich von etwa 300 Mt CO<sub>2</sub> vermeidet.

## **5. Schlussfolgerungen**

Die Notwendigkeit für neue Investitionen im Energiesektor ist nie offensichtlicher gewesen. Die Risiken, untätig zu bleiben, sind auch allzu deutlich: höhere Preise, nicht funktionierender Wettbewerb und das wachsende Risiko von so genannten Blackouts.

Die Mitgliedstaaten müssen diesbezüglich einige wichtige Entscheidungen zu Investitionen in die Netze treffen. Sie müssen der Stromwirtschaft eine klare Richtung über die Art und Weise vorgeben, wie die Märkte der Stromerzeugung funktionieren sollen.

Nur durch die dichtere Verknüpfung zwischen den Mitgliedsstaaten und dem Vorhalten von genügenden Reservekapazitäten zur Bedarfsdeckung kann sichergestellt werden, dass die Europäische Union sich zu einem Binnenmarkt mit den sich hieraus ergebenden Vorteilen entwickeln wird. Anderenfalls könnten wir mit verschiedenen regionalen Märkten in der Union konfrontiert sein, in denen Fragen von Marktkonzentration problematisch werden könnte.

Die Kommission hat Gesetzesvorschläge zu diesen Themen und zu den Herausforderungen im Umweltschutz erarbeitet. Wir sind zuversichtlich, dass wir in Zusammenarbeit mit Parlament und Rat, mit den

Mitgliedstaaten und nicht zuletzt mit der Stromwirtschaft unser gemeinsames Ziel eines funktionierenden wettbewerbsfähigen Energiesektors erreichen werden, welcher seinen Umweltverantwortlichkeiten nachkommt und ein Vorbild für den Rest der Welt sein kann.

**Rede der Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages Dr. Angela Merkel, MdB, auf dem Zukunftsforum Energie und Umwelt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. am 28. April 2004 in Berlin**

**Bausteine einer nachhaltigen Energiepolitik für Deutschland**

Ich danke der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass sie sich dieses wichtigen Themas angenommen hat, mit dem sich auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion in letzter Zeit verstärkt beschäftigt hat und dem sich auch die CDU als Partei wieder verstärkt zuwenden wird. Herr Pfeiffer, der stellvertretend für viele andere Abgeordnete, die heute auch im Ausschuss tätig sein müssen, hier ist, leitet einen Arbeitskreis, der sich auch mit den Weichenstellungen für die Zukunft beim Thema "Energiepolitik" befassen wird. Ich glaube, dass eine klare Antwort auf die Frage, wie es bei der Energieerzeugung mit dem Standort Deutschland aussieht, von allergrößter Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Deutschland ist. Energie ist und bleibt der Lebensnerv unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft. Man kann Energie sparen, man kann weniger verbrauchen, sie effizienter verwenden, man kann sie unterschiedlich herstellen. Aber anzunehmen, eine moderne Industrienation könne auch in Zukunft erfolgreich sein, ohne dass man über eine fundierte Stromversorgung verfügt, das wäre ein Irrglauben. Energie, das ist das Blut in den Adern eines Wirtschaftsorganismus, und mit diesem Blutkreislauf müssen wir uns intensiv beschäftigen.

Es gibt eine Vielzahl von Entwicklungen im nationalen Energiesektor, die ganz wesentlich durch Europa und durch internationale Abkommen geprägt wurden. Ich begrüße es daher sehr, dass unter verständlicher Abwesenheit der zuständigen Kommissarin, Frau Palacio, in ihrer Vertretung der Generaldirektor, Herr Schwaiger, heute hier ist. Ich bitte der Kommissarin die allerherzlichsten Grüße zu überbringen, denn sie hat sich in den letzten Jahren in sehr eindeutiger und nicht immer unwidersprochener Weise dafür eingesetzt, dass der Wettbewerbsrahmen, dass ordnungspolitische Grundsätze im Bereich der Energiepolitik in Europa wieder ein Zuhause haben.

Die Frage, ob Wettbewerb in allen Mitgliedstaaten vergleichbar funktioniert, entscheidet heute auch über die Frage, wer als Energiestandort unter dem Gesichtspunkt der Effizienz in Frage kommt. Ansonsten sind es letztlich wieder staatliche Hände, die ent-

scheiden, welcher Energiestandort überleben und welcher nicht überleben kann. Deshalb ist es von allergrößter Bedeutung, dass wir hier faire Wettbewerbsbedingungen in Europa haben. Wir wissen alle, dass die Bereiche, die aus dem staatlichen Energiesektor kommen oder lange Zeit unter nicht so hartem Wettbewerb leben mussten, in Europa weiter dereguliert werden müssen. Es nützt niemandem, wenn wir in Deutschland bei der Liberalisierung der Energiemärkte voraus sind, alle anderen aber hinterher hinken. In Frankreich gibt es Bestrebungen, die staatlichen Einflüsse auf wundersame Art und Weise so zu lenken, dass immer wieder erstaunliche Erfolge für das Land dabei herauskommen. Da ist die Europäische Kommission als Wächter der Wettbewerbsregeln in vielen Bereichen gefordert, unter anderem auch im Bereich der Energiepolitik.

Die Europäische Union hat das Kyoto-Protokoll ganz wesentlich mitverhandelt, Europa war immer eine der treibenden Kräfte bei den Verhandlungen. Die Europäische Union hat dafür gesorgt, dass dieses Protokoll letztlich zustande gekommen ist. Ich bin in dieser Zeit selbst mit dabei gewesen. Unsere Erwartung war natürlich, dass dieses Kyoto-Protokoll dann auch von der internationalen Staatengemeinschaft ratifiziert werden würde. Das heißt, ein Kyoto-Protokoll, das weder von Russland noch von Amerika ratifiziert wird, kann nach den internationalen Gegebenheiten nicht in Kraft treten. Für Europa stellt sich dann natürlich die Frage, ob damit die damals unter anderen Voraussetzungen getroffenen Vereinbarungen noch gelten und ob bestimmte Mechanismen noch so angewendet werden können, wie man sie sich einmal vorgestellt hat.

Wir müssen uns auch immer wieder fragen: was sind eigentlich unsere europäischen Interessen? Wir haben ja gelegentlich auch etwas auszusetzen an den Vereinigten Staaten von Amerika – manchmal mit Recht, manchmal eher unbegründet. In der Frage des Klimaschutzes habe ich mich auch viel über die amerikanische Politik geärgert; das ist überhaupt keine Frage. Aber unser Interesse muss es doch sein, diejenigen Staaten, die dem Kyoto-Protokoll kritisch gegenüberstehen, davon zu überzeugen, dass dieses Kyoto-Protokoll richtig ist. Da ist Russland zu nennen, das man erst einmal dafür gewinnen muss. Ich weiß, dass das sehr schwer werden wird, weil Russland zu den Staaten gehört, die ihre strategischen Interessen sehr gut definieren können. Ich glaube, Europa muss auch erst einmal seine gemeinsamen Interessen formulie-

ren, und die können sich nicht allein auf eine Facette der Energiepolitik beschränken, wie z.B. die Umweltverträglichkeit. Wir müssen uns dabei auf die Gesamtheit der Zielvorstellungen berufen. Also: Europa muss auf Russland politischen Druck ausüben, dass es zur Ratifizierung des Kyoto-Protokolls beiträgt.

Europa hat sich außerdem vorgenommen, den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln; das heißt für Deutschland, auf einen Anteil von 12,5 % zu steigern. Das ist auch eine Verpflichtung, die, über den reinen Wettbewerbsgedanken hinaus, jetzt eines unserer vorrangigen Ziele ist. Europa hat darauf geachtet, dass die Liberalisierung der Energiemärkte und die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs abgesichert werden durch rechtliche Regelungen, die für alle Anbieter einen freien Netzzugang für Strom und Gas sicherstellen. Solche Regelungen müssen in den Mitgliedstaaten bis Mitte dieses Jahres vorliegen, und auch darüber gibt es ja in Deutschland eine heiße Debatte. Herr Maichel wird dazu nachher sicherlich noch Einiges sagen.

In Deutschland haben wir immer auf einen Energiemix gesetzt, und ich meine, dass wir damit gut gefahren sind. Die jetzige Bundesregierung ist von dieser Position ohne Not abgewichen. Sie hat einen festen Bestandteil dieses Energiemixes, die Kernenergie, zum Auslaufen verdammt. Das macht sich im Augenblick noch nicht so bemerkbar, wird aber bei der Erfüllung der CO<sub>2</sub>-Minderungsverpflichtung natürlich eine ganz wesentliche Rolle spielen, denn 30 % unseres Stroms werden auf der Basis von Kernenergie erzeugt. Das ist nicht zu vernachlässigen. Man kann noch so viele Feiern auf Kosten des Steuerzahlers veranstalten, aber wenn ein Kernkraftwerk abgeschaltet wird, so löst das das CO<sub>2</sub>-Problem immer noch nicht.

Grob fahrlässig ist, was der Bundesumweltminister jetzt im Bereich der Entsorgung macht. Das ist nichts anderes als Verhinderung und Verzögerung, wenn ich nur an Schacht "Konrad" oder an Gorleben denke. "Konrad" ist im Übrigen für schwach radioaktive Materialien konzipiert worden. Man muss sich einmal überlegen: es gibt in Deutschland kein Endlager für all das, was z. B. in der Medizintechnik anfällt. Immer wieder wird versucht, die Prozeduren zur Betriebsgenehmigung zu verzögern, nur um sich selbst den Beweis zu erbringen, dass

eine bestimmte Art von Energieerzeugung nicht akzeptabel ist. Das hat mit einer rationalen Betrachtung der Energiepolitik nichts zu tun.

Ich persönlich halte es für grob fahrlässig, gerade auch im Hinblick auf Russland und unsere mittel- und osteuropäischen Nachbarn, den Ausstieg aus der Kernenergie, der ja verbunden ist mit einem Verlust an Know-how in der Technologie und in der Ausbildung von Fachkräften, in einer Zeit zu vollziehen, in der in Russland noch 15 bis 17 Kernkraftwerke vom Typ Tschernobyl am Netz sind, deren Sicherheitstechnologie dringend verbessert werden muss. Ein Land, das selbst die Kernenergie nicht mehr nutzt, wird anderen Ländern niemals Hinweise geben können, wie sie ihre Sicherheitstechnologie verbessern sollten. Es bleibt zu erwähnen, dass China zwischen 15 und 20 neuen Kernkraftwerken bauen wird, selbst Finnland baut ein neues. Die Entwicklung zeigt, dass die Kernenergie nicht zum Aussterben verdammt ist. Wir aber verschleudern hier ohne Not in einem wirklich hochtechnologischen Bereich das Kapital unserer fachlichen Kenntnisse. Das wird sich eines Tages als ein schwerer Fehler herausstellen, ist aber leider im Augenblick nicht zu ändern.

In Frankreich liegt der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung immerhin noch bei 78 %. Das ist sehr viel weniger ein Beitrag zu einem bestimmten Mix als vielmehr eine sehr dominante Stellung. In Schweden liegt der Anteil auch immerhin noch bei 46 %. Diese Zahlen sollen illustrieren, wie unsere Nachbarländer mit der Kernenergie umgehen, damit nicht etwa der Eindruck entsteht, wir seien in Europa die Einzigen, die noch mit Kernenergie Strom erzeugen.

Wir brauchen also einen vernünftigen Energiemix, denn wir haben in Deutschland natürlich auch die Kohle und das Erdgas. Ich glaube, der Energiemix ist deshalb so wichtig, weil wir nicht in falsche strategische Abhängigkeiten geraten dürfen. Die Planungsunsicherheit, die ja für viele Stromerzeuger bei Investitionsvorhaben immer entscheidender geworden ist, bewirkt einen gewissen Druck auf den Bau von Kraftwerken, die eine schnelle Amortisierung ermöglichen. Da ist das Gas ein sehr guter Energieträger, aber ich warne die Politik davor, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass die Energieerzeuger geradezu gezwungen werden, sich auf einen einzigen Energieträger zu konzentrieren. Das bringt uns zum Schluss in strategische Abhängigkeiten, die ich langfristig nicht für gut halte. Wir sind kein Land, das selber über Erdgas

verfügt. Das heißt, wir geraten dann in Abhängigkeiten, zum Beispiel von Russland. Das ist bis zu einem gewissen Maße in Ordnung, da soll man ruhig verhandeln. Aber ich möchte ungern in eine zu große Abhängigkeit an dieser Stelle geraten. Änderungen sind dann nämlich nur langfristig wieder möglich.

Zu diesem Energiemix werden dann mit 12,5 % auch die erneuerbaren Energien gehören. Da dominiert die Windenergie, die so eine Art Siegeszug über deutsche Hügel gemacht hat. Dieser Triumph macht uns blind vor der Tatsache, dass die Windenergie nach wie vor eine subventionierte Energie ist. Das heißt, es ist nicht möglich, mit Hilfe der Windenergie heute bereits rentabel Strom zu erzeugen.

Wir haben uns in unserer Fraktion im Zusammenhang mit der Neufassung des Erneuerbaren Energiegesetzes sehr intensiv mit der Frage einer einheitlichen Haltung zur Zukunft der erneuerbaren Energie beschäftigt. Erneuerbare Energien sind notwendig, sie haben Zukunft. Aber auch bei ihnen halte ich es für erforderlich, ein möglichst diversifiziertes Angebot zu haben. Es ist außerdem dringend erforderlich, dass wir erneuerbare Energien so fördern, dass sich ihre Rentabilität schrittweise verbessert. Wir dürfen nicht in eine Dauersubvention hineingeraten, die uns dann wieder in finanzielle Abhängigkeiten bringt, mit negativen Auswirkungen auf den Strompreis.

Wenn wir uns die Kosten angucken, stellen wir fest, dass die staatlich verursachten Belastungen der Strompreise in Deutschland von 2,2 Mrd. Euro im Jahr 1998 inzwischen um das Fünffache auf 12,3 Mrd. Euro im Jahr 2003 angestiegen sind. Das heißt nichts anderes, als dass im Grunde der gesamte Liberalisierungsgewinn, also das, was an Strompreissenkungen durch die Liberalisierung möglich geworden ist, kompensiert wurde durch staatliche Auflagen und andere Restriktionen. Heute haben die Energiepreise schon fast wieder das gleiche Niveau erreicht wie vor der Liberalisierung.

Wenn man den Anteil der erneuerbaren Energien verdoppeln will, dann muss man sich natürlich fragen, wie viel Geld man zusätzlich investieren möchte. Im Grunde genommen subventionieren wir diese Energieform, wenn wir einen Betrag leisten, der über dem Durchschnittspreis der konventionellen Energieträger liegt. Sie können das beliebig teuer machen. Sie können an jede Stelle ein Windkrafttrrad stellen, auch dort,

wo Sie nur eine Ausbeute von 30 bis 40 % haben, gemessen an den guten Windkraftstandorten. Das können Sie alles machen, aber die entscheidende Frage ist: wie viele zusätzliche Kosten wollen Sie dem Bürger aufbürden, um dieses Experiment zu bezahlen? Darüber muss eine gesellschaftliche Diskussion geführt werden, und die kann natürlich nicht nur mit denen geführt werden, die inzwischen ein Windrad besitzen. Diese sind im Allgemeinen recht zufrieden, denn sie haben gesicherte Absatzmärkte über die nächsten 20 Jahre. Inzwischen sind clevere Gemeinden auch Besitzer von Windparks, weil bei Ausbleiben der Gewerbesteuer immerhin für 20 Jahre die Einnahmen aus dem Windpark eine gewisse Entlastung zeitigen können. Wir müssen hier aufpassen, was wir mit unserem Geld machen.

Die Förderung – das ist mein Credo – muss so ausgerichtet werden, dass die Preise degressiv gestaltet werden und sicherstellen, dass es weiteren technischen Fortschritt gibt. Man muss im Grunde auch darauf achten, dass nicht zu jedem beliebigen Zeitpunkt einer bestimmten technischen Entwicklungsstufe beliebig viele Windräder installiert werden, so dass dann mit einem mitteltechnischen Fortschritt schon riesige Summen ausgegeben werden, obwohl bekannt ist, dass in zwei bis vier Jahren eine wesentlich höhere Entwicklungsstufe erreicht sein wird.

Deshalb halte ich langfristig den heutigen Modus, dass jeder Zugang zu den Subventionen hat, nicht für den richtigen Weg, um die erneuerbaren Energien zu fördern. Auch Ausschreibungsmodelle, wie sie zum Beispiel in Großbritannien praktiziert wurden, führen nicht immer zum Ziel, weil häufig die großen Energieversorger die Ausschreibungen gewinnen, dann aber jahrelang warten, bis sie die Investitionen auch realisieren. Das heißt, es wird ein virtueller Topf von erneuerbaren Energien erzeugt, der aber nie in die Praxis umgesetzt wird. Es ist also nicht ganz einfach, hier die richtigen Mechanismen zu finden.

Wir haben einmal gesagt, wir dürfen nicht mehr als vier bis fünf Milliarden Euro für die Verdoppelung der erneuerbaren Energien ausgeben. Sie können das auch für zehn Milliarden Euro machen, aber dann müssen wir die verschiedenen Energieträger damit fördern. Bei den erneuerbaren Energien gibt es solche, die sind grundlastfähig, und auch solche, die es nicht sind. Wenn Sie mit Biomasse ein Kraftwerk betreiben, wissen Sie, dass dann auch zu je-

dem beliebigen Zeitpunkt Strom fließt. Beim Windkraftwerk wissen Sie nicht, ob zu dem Zeitpunkt, in dem Sie den Strom brauchen, auch wirklich Strom produziert wird. Windkraftwerke haben dann noch den Nachteil, dass sie dort gut funktionieren, wo besonders wenige Menschen wohnen. Das wird ein besonders großes Problem bei den Offshore-Anlagen werden.

Sie können also nicht einfach nur den Erzeugungspreis nehmen, sondern Sie müssen sich dann auch Gedanken darüber machen, wie Sie den Strom, den Sie erzeugen, vom Meer oder von den Küstenregionen dahin bringen, wo die Energie gebraucht wird. Das ist kein triviales Problem. Über Netzverhältnisse spricht man ungern, darum kümmert sich eigentlich der Energieerzeuger, und daran hat man sich gewöhnt. Aber die Fragen, wie die Netze funktionieren, was sie kosten, was ihre Erneuerung kostet, wie hoch ihre Belastbarkeit ist, wie groß die Verluste über längere Transportstrecken sind, sind wichtig. Sie berühren technische Details, die von allergrößter Bedeutung sind.

Der Nachteil der Windkraftwerke ist, dass sie immer ein Ersatzkraftwerk benötigen, das in Bereitschaft stehen muss, wenn der Strom gebraucht wird und der Wind nun gerade nicht weht. Das heißt, im Gegensatz zu den grundlastfähigen Energieträgern sind die nicht grundlastfähigen Energieträger - neben Wind- etwa auch die Sonnenenergie, denn auch die Sonne scheint nicht immer - in besonderer Weise zu betrachten. Sie sind nach meiner festen Überzeugung nicht als ausschließlich erneuerbare Energieträger zu verwenden. Damit will ich es dann auch, was die erneuerbaren Energien anbelangt, bewenden lassen.

Wir haben jetzt Vorschläge gemacht für einen Zeitraum bis Ende 2006, weil wir gesagt haben, wir müssen die verschiedenen energiepolitischen Instrumente verzahnen. Das ordnungspolitisch dominante Instrument ist in Zukunft die CO<sub>2</sub>-Emission und der Handel mit den Zertifikaten für CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dieser Emissionshandel kann natürlich, wenn er gut funktioniert, alle anderen Lenkungsinstrumente, wie z. B. die Ökosteuern, ersetzen. Wir müssen jetzt abwarten, ob und wie das alles funktioniert, um am Ende nicht doppelt und dreifach gegenzusteuern und damit die Effizienz der eigenen Lenkungsinstrumente immer wieder in Frage zu stellen.

Wir halten es deshalb für notwendig, nachdem die Erprobungsphase des Handels mit CO<sub>2</sub>-Zertifikaten beendet ist, zu überlegen, in welcher Art und Weise die Förderung erneuerbarer Energien weitergeführt wird. Das stößt bei denen, die sich für erneuerbare Energien interessieren, nicht immer auf Interesse. Ich sage deutlich: wir bekennen uns zu den erneuerbaren Energien. Aber auch die Förderung erneuerbarer Energien muss sich einfügen in das Gesamtinstrumentarium, das wir anwenden, um das Oberziel zu erreichen, nämlich CO<sub>2</sub>-Emissionen einzusparen. Es wird sich natürlich herausstellen, dass das Sparen von Energie, z. B. über eine bessere Isolation von Wohnungsbaubsubstanz, im Grunde der effektivere Weg ist. Leider ist der CO<sub>2</sub>-Zertifikatshandel nur auf die großen Industrieanlagen beschränkt und greift nicht auf die Privathaushalte. Ich glaube aber, dass man gerade in den Privathaushalten nach wie vor mit dem geringsten Geldeinsatz die größten CO<sub>2</sub>-Einsparungen erreichen könnte. Genau darüber werden wir uns weiter Gedanken machen müssen.

Meine Damen und Herren, wenn wir das alles in Betracht ziehen, dann kommt es jetzt in Deutschland darauf an, den Handel mit CO<sub>2</sub>-Emissionen sinnvoll durchzuführen. Wenn ich sinnvoll sage, dann auch mit Blick auf den Wettbewerb mit unseren europäischen Nachbarn. Es ist viel debattiert worden über den so genannten nationalen Allokationsplan, bei dem ja über 2.000 Anlagen ihre Zuteilungen bekommen. Ich denke, es ist richtig, dass man in der Testphase noch keine Einsparvorgaben gemacht hat, weil diese Phase wirklich dazu dienen soll, einen Überblick darüber zu bekommen, wie das System funktioniert. Und wir können ja auch darauf zurückblicken, dass wir von den notwendigen 21 % CO<sub>2</sub>-Emissionseinsparungen bis zum Jahr 2010 bereits 19 % erreicht haben. Darauf darf man sich nicht ausruhen, denn wenn es Wirtschaftswachstum gibt, ist die Gefahr, dass die Emissionen wieder steigen, natürlich groß.

Auch im Verkehrssektor, der hier nicht berücksichtigt worden ist, kann man nicht davon ausgehen, dass die Emissionen konstant bleiben. Nun beginnt natürlich die Auseinandersetzung im Detail, und die ist ausgesprochen schwierig. Wie zum Beispiel Einsparaktionen aus den vergangenen Jahren bei der Zuteilung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate bewertet werden, ist ein hoch interessanter Punkt. Das wird ja mit dem ganz und gar nicht volksnahen Begriff "early action" abgehandelt; man meint damit frühere unternehmerische Maßnahmen. Diese in der Vergangenheit getroffenen Maßnahmen zur Emissionsminderung werden zum Teil eben nicht fair angerechnet. Und zudem ist in

den einzelnen Branchen ein nicht unerheblicher Konflikt darüber entbrannt. Insbesondere, und das sage ich mit allem Nachdruck, muss man aufpassen, dass die neuen Länder hier nicht doppelt belastet werden. Erst haben sie durch vorgenommene Werksschließungen den größten Teil der Reduktion erbracht, und jetzt müssen sie im Wettbewerb mit der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie zusehen, dass sie ausreichend CO<sub>2</sub>-Zertifikate bekommen.

Ein großer Teil der Verunsicherung innerhalb der deutschen Wirtschaft und der Verärgerung, die sich da angesammelt hat, basiert natürlich darauf, dass Jahr für Jahr den Leuten andere Instrumente nahe gelegt wurden. Als ich Umweltministerin war, haben wir den Weg der Selbstverpflichtung gefunden. Der ist gerade von der chemischen Industrie in ganz besonderer Weise gegangen worden, mit sehr großem Erfolg und mit großem Nachdruck. Allerdings schwang auch immer die Keule des ordnungspolitischen Instrumentariums einer Wärmeschutzverordnung über ihren Köpfen. Die wurde damals nicht in Kraft gesetzt, stattdessen wurde das intelligentere Instrument der Selbstverpflichtung gefunden. Wenn dann aber kurz danach die Ökosteuer eingeführt wird und kurz nach der Ökosteuer dann noch die CO<sub>2</sub>-Emissionszertifizierung, dann sagen die Leute natürlich: am besten kommt immer derjenige weg, der sich möglichst lange überhaupt nicht bewegt, weil er dann keine Mühe hat, das übernächste Ziel zu erfüllen, und seine Reserven nicht schon für das nächste aufgebraucht hat. Das ist eine ganz unschöne Übung, die sich da entwickelt hat, und die die Kooperationsbereitschaft von Wirtschaft und Gesellschaft nicht gerade erhöht.

In der Energiepolitik bewegen wir uns immer im Zieldreieck von Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit. Dabei haben wir darauf zu achten, dass Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit natürlich auch durch den notwendigen Wettbewerb mit den einzelnen Energieversorgern erzeugt werden. Hier gibt es eine Menge übler Nachrede, eine Menge von Anstrengungen und auch eine ganze Menge von Versuchen, die eigenen Privilegien noch so lange zu retten, wie sie irgendwie zu retten sind.

Wir haben damals bei der Einführung von mehr Wettbewerb innerhalb der Energiebranche lange darüber geredet: braucht es eine Regulierungsbehörde oder geht das durch eine freiwillige Verbändevereinbarung? Es wird jetzt in diesem Bereich zu einem

Regulator kommen, und ich glaube, wir haben im Grunde aus dem Bereich der Telekommunikation mit der Regulierung auch recht gute Erfahrungen gemacht. Man kann also nicht sagen, das muss misslingen. Aber man muss natürlich aufpassen, dass es auch hier insgesamt fair zugeht.

Meine Damen und Herren, ich persönlich trete dringend dafür ein, alles zu tun, damit Deutschland weiterhin ein Standort der Energieerzeugung bleibt. Es ist innerhalb der europäischen Union bei aller internationalen Verflechtung nicht naturgegeben, dass Deutschland unter allen Bedingungen, egal was die Politik macht, auch ein solcher Standort bleiben wird. Deshalb wird es darauf ankommen, wirklich vernünftig und nachvollziehbar eine Energiepolitik zu gestalten, die vor allen Dingen den Unternehmen eine hohe Planungssicherheit zugesteht, damit sie ihre Innovationen auch wirklich realisieren können.

Die Erneuerung des Kraftwerkparks ist natürlich eine der ganz großen Effizienzverbesserungen im Energiesektor. Wenn dann aber die falschen Benchmarks gesetzt werden, wenn z. B. das Erdgas implizit als der beste Energieträger gehandelt wird, dann darf man sich nicht wundern, dass man die Energiewirtschaft politisch in eine bestimmte Richtung drängt, von der man später einmal sagen wird, dass sie nicht die richtige war. Deshalb bedarf es auch in den nächsten Jahren vieler Anstrengungen, die notwendige Wettbewerbsfreiheit in Deutschland zu sichern - bei allen Fragen der Umweltverträglichkeit und auch der Nachhaltigkeit einer Energieversorgung.

Ich kann nur sagen, dass uns ideologische Herangehensweisen wie die des Bundesumweltministers an dieser Stelle nicht weiterhelfen werden. Sie werden Deutschlands Energiestandort schweren Schaden zufügen. Deshalb haben wir auch im Geiste eher den Bundeswirtschaftsminister unterstützt, auch wenn wir das als Opposition nur in Notfällen tun, als er versucht hat, das Schlimmste bei der CO<sub>2</sub>-Zertifizierung zu verhindern. Es ist eine Regelung geworden, die insbesondere gut ist für die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen. Das ist schon eine Menge, denn Nordrhein-Westfalens Gegenstimme im Bundesrat hätte zu einer Zweidrittelmehrheit geführt, die das Gesetz, das kein Zustimmungsgesetz ist, verhindert hätte. Damit ist wenigstens die Stahlindustrie in Deutschland ganz gut weggekommen. Herr Maichel kann erzählen, wie RWE und andere Energieerzeuger das Ganze beurteilen. Aber auch am Beispiel der Stahlin-

dustrie kann man genau sehen, was man anrichten kann, wenn man einen solchen CO<sub>2</sub>-Zertifikatshandel falsch anpackt. Wenn Sie einen Wirkungsgrad von fast 100 % bei der Stahlerzeugung haben, dann können Sie eben keine Energie mehr einsparen. Sie werden auch durch noch so schöne Forderungen nach CO<sub>2</sub>-Einsparung chemische Prozesse nicht umändern können, die einen bestimmten Wärmeverbrauch oder eine bestimmte Wärmeabstrahlung haben. Insofern ist es sinnlos, bei der Stahlindustrie eine bestimmte Reduktionsverpflichtung vorzugeben, weil Sie damit die Naturgesetze überlisten müssten, und das geht einfach nicht. Wenn Sie Reduktionsverpflichtungen gießkannenartig auf jeden übertragen, dann kommen Sie nur noch zu dem Ergebnis, dass Sie die Hochöfen in Deutschland oder Europa abbauen und irgendwo anders auf der Welt aufbauen können. Das kann ja nicht ernsthaft die europäische Vorgehensweise sein, wenn man CO<sub>2</sub>-Emissionen in Europa einsparen will.

Um dieses Ziel letztlich durchzusetzen, hat es eine bedauerlich lange Diskussion gegeben, das muss ich sagen. Wie viele Stunden damit wieder verschwendet wurden, ist schon beachtlich. Aber unsere Neigung, uns mit den nicht ganz so wichtigen Sachen viel zu lange aufzuhalten, ist ja bekannt.

Abschließend möchte ich sagen: wir müssen uns auch weiterhin den anderen Emissionsbereichen zuwenden, nicht nur der Wirtschaft und der industriellen Erzeugung und Verwendung von Strom, sondern wir müssen uns auch dem Verkehrssektor zuwenden und uns ebenso mit den Privathaushalten beschäftigen. Das ist relativ schwierig. Im Verkehrsbereich ist es gelungen, eine aus meiner Sicht vernünftige Selbstverpflichtung der europäischen Automobilindustrie hinzubekommen, die den durchschnittlichen Kraftstoffverbrauch der Gesamtflotte jedes Herstellers in den nächsten Jahren senken wird. Das hat letztlich dazu geführt, dass sich viele Autohersteller in diese Richtung bewegen.

Wir werden uns auch den Privathaushalten zuwenden müssen. Allerdings muss man sagen: die Ökosteuer ist, was die Zielerreichung betrifft, eines der ungenauesten Lenkungsinstrumente. Sie ist letztlich, was ihre Wirkung auf die gezielte CO<sub>2</sub>-Einsparung anbelangt, ein sehr streubreites und kein allokatonsgenaues Instrument. Deshalb glaube ich nach wie vor, dass uns Anreize insbesondere im Wärmedämmungsbereich

für die nächsten Jahre noch große Möglichkeiten bieten würden, Reduktionen von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu erreichen.

Ich wünsche der Konrad-Adenauer-Stiftung, dass sie heute die verschiedenen Facetten von Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit, europäischem Recht und Wettbewerb in Europa betrachtet. Ich hoffe, dass die Ergebnisse uns auch helfen, indem sie einfließen in unsere politische Arbeit. Wir wissen, dass

Energiepolitik eine Politik ist, die sehr schwer in einer Volkspartei zu vermitteln ist, weil die Profiteure der unterschiedlichen Formen von Energieerzeugung natürlich sehr regional verteilt sind. Da, wo die große Wasserkraft zu Hause ist, ist die kleine Wasserkraft eben nicht zu Hause, und dort, wo der Wind gut bläst, ist meistens keine Kohle vorhanden. Das heißt, wir haben sehr diversifizierte regionale Interessen, die sie dann in einer Energiepolitik zusammenbringen müssen.

Herr Pfeiffer hat da schon viel Erfahrung in seinen jungen Jahren gewonnen, wie schwierig das ist. Bei der Befriedigung aller Interessen droht dann zum Schluss immer die Ordnungspolitik etwas zu kurz zu kommen. Aber dann haben wir noch die Energieerzeuger, die uns ab und an wieder auf den Pfad der Tugend zurückführen. In diesem Sinne ist es gut, dass alle Beteiligten heute hier zusammensitzen.